



Medienmitteilung

## Referendum gegen Sanierung des Gotthard-Strassentunnels eingereicht

### **NEIN zu wirtschaftlichen Schäden – JA zu mehr Sicherheit: BDP will zweite Gotthardröhre.**

**Für die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist der Bau des zweiten Gotthard-Strassentunnels eine sicherheitstechnische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Das Komitee, das heute das Referendum eingereicht hat, präsentierte bis jetzt keine sinnvollen anderen Lösungsvorschläge. Die BDP will auf keinen Fall, dass mit dem Tessin ein ganzer Landesteil während fast drei Jahren von der Schweiz abgeschnitten wird. Zudem wäre es auch für die beiden anderen direkt betroffenen Kantone Graubünden und Wallis ein volkswirtschaftlich verheerendes Signal.**

Auf keinen Fall will die BDP zulassen, dass die Kantone Tessin, Graubünden, Wallis und Uri während drei Jahren diskriminiert werden. Das Referendumskomitee verkennt die realen Probleme, nimmt die verheerende Folgen für die betroffenen Kantone in Kauf und bietet keine gangbare Alternativen. Der Bau und der Betrieb einer Verladelösung ist zu teuer und absolut nicht nachhaltig, weil bereits nach drei Jahren alles wieder aufwendig zurückgebaut werden müsste.

Dank der von Bundesrat und Parlament beschlossenen zweiten Tunnelröhre ohne Kapazitätserweiterung bleibt die zuverlässige Anbindung des Tessins im Sinne des Alpenschutzartikels gewährleistet. Die BDP hat sich bereits im September 2010 mit der Motion [10.3779](#) für den Bau einer zweiten Gotthardröhre ohne Kapazitätserweiterung eingesetzt. Auch Bundesrat und Parlament befürworten diese Sanierungslösung für den Gotthard. Der Bau des Sanierungstunnels stellt die Anbindung des Tessins sicher und weist für die BDP das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aus. Dabei geht es zukünftig nicht um einen Ausbau der Nord-Süd-Achse, sondern um die Verbesserung der Sicherheit dank Richtungstrennung.

Für die BDP ist klar, dass der Bau des Sanierungstunnels verkehrspolitisch und volkswirtschaftlich absolut nötig ist: Nur so können die Sicherheit spürbar erhöht und massive regionalwirtschaftliche Nachteile verhindert werden.

#### Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

13.01.2015